

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wiederum neigt sich ein ereignisreiches Jahr dem Ende zu.

Nach wie vor wird die Landesregierung nicht müde, auf leere Kassen und weitere Verschlechterungen hinzuweisen.

Wie nicht anders zu erwarten, ist im Ergebnis der Umsetzung des Sozial-Tarifvertrages eine Erhöhung der Belastung sowohl der Angestellten und Arbeiter aber auch der Beamten eingetreten. Anstelle weiterer Personaleinsparungen sollten dringend Maßnahmen gegen die Arbeitsverdichtung eingeleitet werden. Stellenstreichungen im Vorgriff auf den Einsatz von neuer Technik ist ebenso wie die Mehrbelastung der Bediensteten bei Umstellungen auf neue oder andere Verfahren sowie der damit verbundene Schulungsbedarf in der alltäglichen Aufgabenerfüllung nicht zu akzeptieren.

Diese Kürzungen haben auch problematische Auswirkungen auf die Ausbildung von Fachkräften im mittleren und gehobenen Dienst. Finanzpolitische Gründe stehen dabei über dem tatsächlichen Personalbedarf. Die Folgen werden wir in den kommenden Jahren spüren.

Die Umsetzung der von der Landesregierung angestrebten Teilzeitanitiative sowie die Inanspruchnahme von Altersteilzeit ist insbesondere im Bereich des OLG problematisch.



Die Staatsverträge zur Fusion der Obergerichte und des Juristischen Prüfungsamtes mit Sitz in Berlin sind in Kraft getreten und werden bereits im Jahre 2005 umgesetzt.

Beschlossene Sache ist ebenfalls die Überführung der Justizakademie Kolpin in das Bildungszentrum Königs- Wusterhausen im Jahre 2007.

Diese Verträge wirken sich u. a. auf die weitere Verwendung - insbesondere der Beschäftigten des nicht richterlichen Dienstes - aus. Das wird nicht immer unproblematisch sein.

Mehr denn je ist das Wirken der **DJG Brandenburg** sowie seiner Dachorganisation dbb-beamtenbund und tarifunion gefordert.

Insofern sollten die Kolleginnen und Kollegen, die bisher noch abseits stehen, überdenken, ob nicht auch für sie eine Mitgliedschaft in der **DJG** in ihrem eigenen Interesse und von Vorteil wäre.

Der Vorstand der Deutschen Justiz- Gewerkschaft wünscht Ihnen und Ihren Angehörigen geruhsame und besinnliche Stunden zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel sowie ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2 0 0 5 .



Der Winter ist gekommen (Volksweise)

Der Winter ist gekommen
Und hat hinweggenommen
der Erde grünes Kleid;
Schnee liegt auf Blütenkeimen,
kein Blatt ist auf den Bäumen,
erstarrt die Flüsse weit und breit.

Da schallen plötzlich Klänge
und frohe Festgesänge
hell durch die Winternacht;

in Hütten und Palästen
ist rings in grünen Ästen
ein bunter Frühling aufgemacht.

Wie gern doch seh ich glänzen
mit all den reichen Kränzen
den grünen Weihnachtsbaum;
dazu der Kindlein Mienen,
von Licht und Lust beschienen;
wohl schönre Freude gibt es kaum.



Im Gespräch mit der Justizministerin

Bereits 3 Wochen nach Amtsantritt der **Justizministerin Frau Beate Blechinger** traf sich der Vorstand der DJG mit ihr zu einem ersten Gespräch, in dem folgende Themen angesprochen und erörtert wurden:



1. Durchsetzung des Fusionsvertrages der Obergerichte hinsichtlich der dauerhaften Umsetzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem nicht richterlichen Bereich - Oberverwaltungsgericht Frankfurt (Oder) und die damit verbundene Problematik;
2. Einsatz des Personals der Justizakademie Kolpin im Zuge des Wechsels nach Königs-Wusterhausen
3. Gestaltung der Aus- und Fortbildung des nicht richterlichen Dienstes im Zusammenhang mit der Errichtung eines **Gemeinsamen Juristischen Prüfungsamtes** der Länder Berlin und Brandenburg und der sich daraus ergebenden Zuständigkeiten;
4. Ausbildungs- und Übernahmeperspektiven in der Justiz für Justizfachangestellte und Justizsekretäranwärter in den kommenden Jahren;
5. Ausstattungsgrad IT-Technik an den Gerichten und Staatsanwaltschaften;
6. Stand der Einführung der Berufsbezeichnung „Justizfachwirt“;
7. Aus- und Fortbildung der Justizwachtmeister - Durchführungsmöglichkeit der Deutschen Justiz Judo-Meisterschaften 2005 in Königs-Wusterhausen
8. Umsetzung der geplanten Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag

Hinsichtlich der Umsetzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des OVG Frankfurt (Oder) im Jahre 2005 sicherte die Ministerin zu, dass Arbeitsplätze für jeden zur Verfügung stehen.

Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Oberverwaltungsgerichts sind bereits geführt, Einsatzmöglichkeiten und die persönlichen Wünsche der Betroffenen wurden besprochen.

Ein früherer Wechsel des Personals an eine andere Dienststelle ist von der Ministerin nicht gewollt, da bis zur Zusammenlegung der Dienststellen „jede Hand“ dringend benötigt wird.



Unsere Empfehlung: Unbedingt auf eine zügige Vertragsänderung des Arbeitsvertrages bzw. der Versetzungsverfügung drängen !!!

In seiner Sitzung vom 13. 07. 2004 beschloss das Kabinett, dass die Justizakademie Kolpin zum 01. 01. 2007 in die neuen Gebäude am Standort Königs-Wusterhausen ziehen soll. Frau Richstein sicherte damals zu dass die „eigenständige Organisation und Durchführung der rund 200 Fortbildungsveranstaltungen für die 3000 Teilnehmer aus der Brandenburger Justiz weiterhin in der Verantwortung des Justizministeriums verbleibt“.

Wie ist da der **Staatsvertrag über die Errichtung eines Gemeinsamen Juristischen Prüfungsamtes der Länder Berlin und Brandenburg** zu verstehen?

Hier wird die Errichtung dieses Amtes zum 01. 01. 2005 festgeschrieben die u. a. regelt, dass die Zuständig für **Grundsatzangelegenheiten** der Aus- und Fortbildung des nicht richterlichen Dienstes (ohne Justizvollzug) einschließlich der Justizfachangestellten das Gemeinsame Juristische Prüfungsamt mit Sitz in Berlin ist.

Der Leiter der Justizakademie Kolpin soll künftig verantwortlich sein für die Organisation und die Durchführung der Aus- und Fortbildung. Die Frage nach der personellen Zuständigkeit im hiesigen Ministerium bezüglich der zukünftigen Entscheidung über die Inhalte der Aus- und Fortbildung blieb unbeantwortet.

Pauschal erklärte die Ministerin zur Frage der Umsetzung des Kolpiner Personals, dass für jeden ein Arbeitsplatz bereitsteht, konkrete Festlegungen sind jedoch noch nicht getroffen worden.

Unsere Empfehlung: wenn möglich, bereits jetzt eine neue Arbeit suchen bzw. über die weitere Einsatzmöglichkeit nachdenken !!!

Die DJG steht Ihnen gern hilfreich zur Verfügung



Hinsichtlich der Ausbildung der Justizfachangestellten waren sich alle Beteiligten einig, dass es auf Grund des hohen Niveaus der Ausbildung wünschenswert ist, die Zahl der Ausbildungsstellen auch im Jahr 2005 mindestens auf dem Stand von 2004 zu halten.

Die DJG wird alles dafür tun, dieses Ziel zu erreichen.

Bereits jetzt wird (nach Ansicht des MdJ) über Bedarf ausgebildet – eine unbefristete Übernahme der Azubis kann nicht zugesichert werden.

Nach Einschätzung der Ministerin, geht das Land Brandenburg einer tragischen Einwohnerentwicklung entgegen. Auf Grund mangelnder Stellen verlässt die Mehrzahl der sehr gut ausgebildeten Kräfte unser Land Brandenburg. Der länderübergreifende finanzielle Ausgleich ist nicht möglich. Diese Entwicklung wird in den nächsten Jahren zu einem unüberwindlichen Mangel an qualifizierten Fachkräften führen.

Für die nunmehr ausgebildeten Kräfte besteht die Möglichkeit, im Landessozialgericht Potsdam, dass ebenfalls von der Fusion betroffen ist, eine Stelle zu erhalten.

Unsere Empfehlung: bei Interesse rechtzeitig bewerben!!!

Weitere Gespräche werden zu Beginn des neuen Jahres folgen, ungeklärte bzw. unvollständig beantwortete Fragen werden erneut gestellt werden.

Politische Bildungsreise in der Zeit vom 09. bis 13. Mai 2005 nach Österreich

Ziel der Reise ist, dem wachsenden Bildungsbedarf und Gedankenaustausch unserer Mitglieder unter europapolitischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. In Diskussionsforen wollen wir uns allgemein politischen und europapolitischen Themen widmen, um die politischen Sichtweisen zu schärfen.

Mit Landespolitikern und Gewerkschaftsvertretern Österreichs wollen wir deshalb

ausführlich über die Bedeutung und die gesellschaftliche Stellung von Gewerkschaften und die möglichen Unterschiede zwischen den beiden Ländern diskutieren. Justizinterne Probleme wollen wir unserer besonderen Aufmerksamkeit widmen und diese mit dem Präsidenten des Bezirksgerichts Wien, den Personalvertretungen verschiedener Gerichte und der Gleichstellungsbeauftragten beraten



Themeninhalte:

1. Die personelle Entwicklung (Personalentwicklungskonzept) und die Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft
2. Die gesellschaftliche Stellung und Entwicklungsmöglichkeit der Frau im Einklang mit Beruf und Familie (Familienpolitik), die Förderung von Frauen in Führungspositionen und deren Rolle im vereinten Europa
3. Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten und Probleme bei der Durchsetzung
4. Reformvorhaben in beiden Ländern, Verwaltungsmodernisierung und Umgang mit der Bürokratie, Bürgernähe und Erreichbarkeit von öffentlichen Verwaltungen
5. Besuch des Informationsbüros des Europäischen Parlaments Österreichs
 - Information über die Geschichte und Aufgaben des Europäischen Parlaments
 - eine Verfassung für Europa
 - Charta des Grundrechts
6. Privatisierungsvorhaben innerhalb der Öffentlichen Verwaltung, spezielle Erfahrungen innerhalb der Justiz und europäische Entwicklungstendenzen
7. Besuch eines Exekutivgerichts und Gespräche mit den Bediensteten vor Ort
8. Führung durch das Parlament, das Rathaus und den Justizpalast in Wien
9. Besuch eines Theaterstücks als kulturellen Abschluss

Diese politische Weiterbildungsveranstaltung ist als Maßnahme der politischen Bildung gem. § 3 BFV anerkannt und bedeutet für die Teilnehmer, dass Sonderurlaub auf Antrag zu bewilligen ist.

Einführung der Berufsbezeichnung „Justizfachwirt“ in Brandenburg

Großer Erfolg der jahrelangen Bemühungen der DJG



Das jahrelange Bemühen der DJG um die Einführung der Berufsbezeichnung **Justizfachwirt** steht nunmehr vor dem Abschluss.

Das Ministerium teilte in einem Schreiben vom 02. November 2004 mit:

„Nachdem in der Hälfte aller Bundesländer die Berufsbezeichnung

„**Justizfachwirt**“ für die Bediensteten erfolgreich eingeführt wurde, die die Laufbahnprüfung für den mittleren Justizdienst bestanden haben, soll es auch den Bediensteten im Land Brandenburg ermöglicht werden, diese Berufsbezeichnung führen zu können. Damit wird auch einem Anliegen der Deutschen

Justiz- Gewerkschaft entsprochen, dass dort bereits über einen längeren Zeitraum verfolgt wird.“

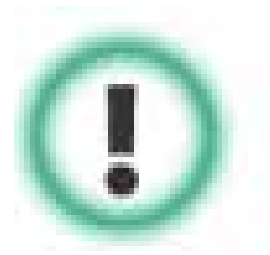
Die diesbezügliche Änderung der Zweiten Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung mittlerer Justizdienst soll bereits 2005 erfolgen.

Was ist zu veranlassen, wenn ein dringendes Problem ansteht?

(z. B. Rechtsschutz-, Haftpflichtangelegenheit u. a.)

In jedem Falle **sofort telefonisch informieren**

An wen kann ich mich wenden?



Haftpflichtangelegenheiten:

Frau Sabine Wenzel
Tel.-Nr. 033708 – 21366
Handy: 0172-6752239
dienstl. 0331- 8663099

Rechtsschutzangelegenheiten

Frau Andrea Müller
Tel.-Nr. 035322-32555
Handy: 0170-5163279
dienstl. 035341-604214

Mitgliedsbeiträge u. ä.

Frau Gudrun Hada
dienstl. 03381 – 399262
Handy: 0172-6887137

Rentenangelegenheiten

Frau Marina Marcinczak
dienstl. 0355-6371307

Altersteilzeit u.ä.

Frau Kerstin Thäns
dienstl. 03381- 399187

Fachgruppe Jugend

Herrn Sebastian Wille
Handy: 0172-7536546

Fachgruppe Sozialarbeiter

Frau Barbara Langer
Handy: 0174-9852019

Fachgruppe Justizwachtmeister

Herrn Bernd Lehmann
Handy: 0172-3051786

Frauenvertreterin

Frau Annemarie Jordan
Handy: 0173-2038834

Kurz Notiert

-Teilnahme der DJG an Personalversammlungen

Wir weisen nochmals daraufhin, dass in Gerichten und Staatsanwaltschaften, in denen DJG-Mitglieder vorhanden sind, die DJG zu Personalversammlungen (§ 52 PersVG Bbg) einzuladen ist. Bitte weisen Sie Ihren Personalrat daraufhin und teilen Sie uns mit, wenn nicht mindestens einmal im Jahr eine Personalversammlung durchgeführt worden ist, in der der Personalrat einen Tätigkeitsbericht erstattet hat.(§ 49 Abs. 1 PersVG Bbg)

-Berufung in den Berufsbildungsausschuss

Im kommenden Jahr wird der Berufsbildungsausschuss durch das Ministerium der Justiz für die nächsten 4 Jahre neu berufen. Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern, die sich freiwillig zur Ausübung dieses wichtigen und verantwortungsvollen Amtes für die nächste Amtszeit zur Verfügung stellen.

-Bezug der „Zeitschrift für Personalvertretungsrecht“

Wir teilen abermals mit, dass allen Mitgliedern auf Wunsch kostenfrei die „Zeitschrift für Personalvertretungsrecht“ regelmäßig zur Verfügung gestellt wird.

Bitte wenden Sie sich diesbezüglich an die Geschäftsstelle.

-Zuschuss gem. § 4 der 2. BesÜV (alte Fassung)

Bescheide des OLG an die Betroffenen

Wir teilen mit, dass vom Inhalt der Bescheide, die das OLG an alle Betroffenen in November 2004 versandt hat, bereits unser Rechtsanwalt informiert und beauftragt wurde, diese auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen und die weiteren Schritte einzuleiten.

Alle Betroffenen werden hiermit gebeten, sich mit Frau Müller sofort in Verbindung zu setzen.

- Teilnahme an der Bundesjugendausschusssitzung 2004

Auch in diesem Jahr fand vom 04. November 2004 bis 06. November 2004 in Erfurt die Sitzung des Bundesjugendausschusses statt. Das Land Brandenburg war hier gleich durch 2 Delegierte vertreten (Sebastian Wille und Michèl Manze). Neben den Berichten aus den einzelnen Bundesländern, wurde Stellung genommen zum Eckpunktepapier „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ sowie eine Werbeaktion vorbereitet.

Witz Atelier



MUTTER: Na, Schatz, wie war es in der Schule. Und wer ist B. S.? SOHN: B. S.? Wer soll das sein? MUTTER: Weiß nicht. Steht in deinem Deutschheft hinten drin. Ist es ein Mädchen? SOHN: B. S..... das heißt..... das steht für Biostunde. Und warum liest du überhaupt in meinem Deutschheft? MUTTER: Ich habe einen Kuli gesucht. So, Biostunde. Ich dachte, es heißt vielleicht Bettina Seifert? SOHN: Wie..... wie kommst du denn darauf? MUTTER: Och, nur so. Weil du so ein Sexheft mit Bildern von nackten Frauen in dem Spalt zwischen Schreibtisch und der Wand hast. Und Kondome im Portemonnaie. Und Barbaras Mutter sagt, Bettina Seifert hat schon Erfahrungen mit Jungs. SOHN: Du schnüffelt in meinen Sachen herum, während ich weg bin? Und du hast Barbaras Mutter erzählt, dass ich Kondome und ein Porno habe??? MUTTER: Ja. B. S. hätte ja auch Barbara Schulz sein können. Und mit Barbara hast du ja schließlich auf der Klassenfahrt geknutscht. Sagt jedenfalls deine Klassenlehrerin. SOHN: Was?? Frau Schottmöller weiß auch alles? MUTTER: Natürlich nicht. Ich will dich ja nicht blamieren. Ich hab natürlich einen Vorwand benutzt. SOHN: Gott sei dank! Moment..... Mutter welchen Vorwand? MUTTER: Ich habe ihr erzählt, dass ich Angst hätte, du würdest auf Jungs stehen. Da hat sie mir das mit dem Knutschen sofort erzählt. Clever nicht? SOHN: Ja, sehr clever! Barbaras Mutter denkt jetzt, ich bin ein Sexmaniac, und meine Klassenlehrerin, ich wäre schwul. Und wenn beide ein bisschen wie du sind, weiß es morgen die ganze Stadt. Und Bettina hält mich für pervers! Vielen dank Mutti! MUTTER: Keine Angst, mein Engel! Mit Bettina hab ich auch alles geklärt. Nettes Mädchen. Sie kommt gleich mit ihrer Mutter zum Kaffee vorbei. SOHN: Was..... hast..... du..... Bettina..... erzählt?? MUTTER: Dass sie sich keine Sorgen wegen der Pornos machen muss. Ein Junge, der mit 15 noch ins Bett macht, hat mit Sex bestimmt noch nix am Hut.

Für Fragen, Hilfe und Informationen steht die DJG jederzeit zur Verfügung. Auch Leserbriefe sind willkommen sowie Anregungen für Mitteilungen etc., die in der nächsten Ausgabe erscheinen sollten.



DJG Vorsitzende: Sabine Wenzel,
Goethestrasse 28,
15834 Rangsdorf.
e-mail : wenzelsabine@t-online.de